

Infoblatt Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland



Kurzcharakteristik aller Parteien

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mit der SPD und der CDU/CSU zwei große Volksparteien und mit dem Bündnis90/ Die Grünen, der FDP und DIE LINKE drei kleinere Parteien. Neu hinzugekommen sind die Piratenpartei und die AfD. Darüber hinaus ist das Parteienspektrum von zahlreichen Splitterparteien geprägt.

Bündnis 90/ Die Grünen

Leitgedanke: Sie sieht sich als Partei der ökologischen Modernisierung, der sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung und der gesellschaftlichen Demokratisierung.

Die Partei ging aus verschiedenen regionalen Gruppen ("grüne Listen") sowie der "Grünen Aktion Zukunft" hervor. Ihre Grundwerte sind "ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei". Von 1983 - 1990 waren die Grünen im Bundestag vertreten.

Während der friedlichen Revolution (1989) entstand auch in der DDR eine Grüne Partei, die nach der Volkskammerwahl 1990 mit den Bürgerbewegungen das Bündnis 90/Grüne bildete. In dieser Konstellation war sie seit 1990 auch im gesamtdeutschen Bundestag.

Nach dem "Assoziierungsvertrag" (1992) erfolgte im Jahr 1993 der Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen zu einer neuen politischen Partei (Bündnis 90/Die Grünen).

Das Ziel der Grünen: Abkehr von der Ausbeutung von Natur und Mensch zu einem ökonomischen Humanismus.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Leitgedanke: Sieht sich als Volkspartei, die sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen des Landes richtet. Die Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Im Juni 1945 in Berlin und im Rheinland entstanden, organisierte sie sich 1945 - 49 auf der Ebene der Länder und Besatzungszonen. Programmatisch will die CDU ein "Sammelbecken für nationale, liberale, konservative und sozial orientierte Wähler", die Katholiken und Protestanten, Mittelstand und Großindustrie, Arbeiter und Bauern integriert, sein. Das Ahlener Wirtschaftsprogramm (Verstaatlichung der Schwerindustrie, des Bergbaus und der Energiewirtschaft) von 1947 ist die erste durchgreifende Standortbestimmung, die jedoch durch die Düsseldorfer Leitsätze (1949) abgesagt wird. Laut diesen Leitsätzen soll die Soziale Marktwirtschaft der ideale Weg zu Kapitalismus und Planwirtschaft sein, sie bilden die Grundlage für die ersten Erfolge der Partei.

Christlich Soziale Union (CSU)

Leitgedanke: Sie versteht sich als bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung. Auch die CSU ist eine Volkspartei, die allen Schichten der Bevölkerung eine politische Heimat bieten möchte.

Die 1945 in Bayern gegründete Partei bekannte sich, wie die CDU, zu einem Staatsaufbau nach christlichen und sozialen Prinzipien. Sie umfasst Angehörige beider christlicher Konfessionen und bezeichnet sich selbst als eine Volkspartei. Sie hatte seit dem Zweiten Weltkrieg nur vier Grundsatzprogramme (1946, 1957, 1968, 1976) und drei Aktionsprogramme, die alle eine einheitliche politisch-weltanschauliche Basis hatten.

Die Christlich Soziale Union (CSU) in Bayern blieb selbstständig, verband sich aber 1949 im Bundestag mit der CDU zu einer Fraktionsgemeinschaft (CDU/CSU).

Freie Demokratische Partei (FDP)

Leitgedanke: Sie versteht sich als Programmpartei und als gelungener Versuch des Liberalismus. Sie sieht sich als unabhängig, im Gegensatz zu den Volksparteien.

Die FDP (bzw. 1968 - 2001 F.D.P) wurde 1948 aus dem Zusammenschluss nationalliberaler und linksliberaler Gruppen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins gegründet. Oftmals war die FDP in einer Schlüsselrolle, wenn es um die Regierungsbildung ging (sowohl auf Landes- als auch Bundesebene).

Während der deutschen Vereinigung traten 1990 die liberalen Gruppierungen der DDR der FDP bei (LDP - Liberaldemokratische Partei, die DFP - Deutsche Forumspartei, die FDP der DDR und die NDPD - die Nationaldemokratische Partei Deutschlands).

Die Linke.

Leitgedanke: Sie ist die sozialistische Partei in Deutschland und geht gegen die Beherrschung des Geldes von Mensch und Gesellschaft an.

Die PDS war die Nachfolgepartei der SED, die von 1949 - 1989 in der DDR Staatspartei war. Gegründet wurde die PDS 1989 auf dem letzten Parteitag der SED. Anfangs hieß sie noch SED/PDS, ehe sie sich 1990 in PDS umbenannte. Erster Vorsitzender wurde Gregor Gysi.

1990 nahm die PDS an der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl teil und erzielte 2,4 %, zog aber trotzdem mit 17 Abgeordneten ins Parlament ein, da sie im Osten die 5 %-Hürde überwunden hatte und West und Ost getrennt bewertet wurden. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 erfolgte im Juli die Umbenennung in die Linkspartei. Dadurch sollte die Zusammenarbeit mit der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) ermöglicht werden. Die WASG hatte sich 2004 aus regierungskritischen SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern gebildet.

Am 16. Juni 2007 fusionierte die PDS mit der WASG zur Partei Die Linke.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die Grundwerte der SPD sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Im aktuellen Grundsatzprogramm steht die SPD u.a. für ein geeintes, demokratisches und friedliches Europa, für einen Demokratischen Sozialismus und das Primat der demokratischen Politik. Eine Handlungsmaxime ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Das bedeutet: „von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik; von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen.“ (Auszug aus dem Grundsatzprogramm, Hamburger Programm 2007).

Die SPD ist die erste parlamentarisch vertretene Partei Deutschlands und blickt auf eine lange wechselhafte Geschichte zurück. Sie ist intern in verschiedene Strömungen untergliedert.

Die Piratenpartei (PIRATEN)

Die Piratenpartei zog 2006 als Kleinpartei in die deutsche Parteienlandschaft ein und ist bereits in mehreren Landtagen vertreten. Sie ist Teil der internationalen Bewegung der Piratenparteien; zu deren Leitgedanken zählen: die Stärkung der Bürgerrechte, mehr direkte Demokratie, die Reform des Urheberrechtes, freier Wissensaustausch, Datenschutz, die Achtung der grundrechtlich garantierten Privatsphäre, mehr Informationsfreiheit und Transparenz. Die Piratenpartei lässt sich keiner politischen Richtung exakt zuordnen und bezeichnet sich selbst als sozialliberale Bürgerrechtspartei. Sie ist aus dem Kontext der „Digitalen Revolution“ hervorgegangen, versteht sich jedoch weder als Ein-Themen-Partei, noch bietet sie ein umfassendes Parteiprogramm an.

Alternative für Deutschland (AfD)

Die AfD wurde 2013 als Reaktion auf die Eurokrise gegründet. Sie vertrat zunächst liberal- bis national-konservative Inhalte. Mittlerweile gilt sie als rechtspopulistische Partei mit rechtsradikalen Tendenzen. Bis 2018 gelang ihr der Einzug in alle 16 Landesparlamente sowie in das Europäische Parlament.

Splitterparteien

Unter dem Begriff Splitterpartei versteht man eine Partei, die eine relativ kleine Anhänger-/Wählerschaft hat und deren politischer Einfluss auf parlamentarischer Ebene entsprechend gering ist.

In Deutschland gilt jedoch eine 5 %-Hürde als Sperrklausel. Um in den deutschen Bundestag oder die Landtage einzuziehen, muss eine Partei in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 5 % der Zweitstimmen auf sich vereinen oder drei Direktmandate erhalten.

Diese Regelung ist auf Erfahrungen aus der Weimarer Republik zurückzuführen.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab und gibt es auch heute noch verschiedene Splitterparteien. Diese sind vor allem am linken oder rechten Rand der Gesellschaft aktiv. Die Splitterparteien sind teilweise Parteien, die sich nicht in eine bestimmte politisch-ideologische Richtung einordnen lassen. Sie widmen sich häufig vor allem einzelnen Bereichen.

Splitterparteien (Beispiele)

ÖDP - Ökologisch-Demokratische Partei

BP - Bayernpartei

Die Violetten - für spirituelle Politik

Die Tierschutzpartei - Mensch Umwelt Tierschutz

Familien-Partei

PBC - Partei Bibeltreuer Christen

Rechtsextrem und rechtspopulistisch

In der deutschen Gesellschaft können am rechtsextremistischen bis rechtspopulistischen Rand Parteien wie die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), die Republikaner, die DVU (Deutsche Volksunion), die "Schill-Partei" (eigentlich PRO = Partei rechtsstaatlicher Offensive) und andere genannt werden. Einige von ihnen konnten sogar in manchen Bundesländern die 5 %-Hürde überschreiten.

Die NPD schaffte Ende der 1960er-Jahre den Einzug in einige Landesparlamente, konnte sich dort aber nicht halten. Auch der Versuch der DVU in den 1990er-Jahren in Bremen und einigen ostdeutschen Landesparlamenten (Brandenburg und Sachsen-Anhalt) scheiterte. Derzeit ist die NPD jedoch wieder in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Sachsen im Landtag vertreten.

Der Erfolg der "Schill-Partei" in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen 2001 war nur von kurzer Dauer. Nach den Bürgerschaftswahlen 2004 rutschte die "Schill-Partei" wieder in die Bedeutungslosigkeit ab. Dies war nicht zuletzt auf die skandalträchtigen Auftritte des ehemaligen Vorsitzenden Ronald Schill zurückzuführen. Die Partei rutschte deutlich unter die 5 %-Hürde und verlor somit die Mandate.

Linkes Spektrum

Ende der 1960er-Jahre entstanden im linken Spektrum mehrere heftig gegeneinander konkurrierende Splitterparteien. Sie orientierten sich an verschiedenen Richtungen des Kommunismus.

Zwischen den 1970er- und 1990er-Jahren gingen kleinere kommunistische Parteien verschiedentlich Bündnisse miteinander ein. Sie spalteten sich aber oft wegen ideologischer Kämpfe. Anfang der 1980er-Jahre schlossen sich einige ehemalige Anhänger der Kommunistischen Gruppen der neu gegründeten Partei "Die Grünen" (heute Bündnis 90/Die Grünen) an. In dieser Partei wurde eine neue soziale Bewegung (Friedensbewegung oder Anti-Atomkraft-Bewegung) ins Leben gerufen. Seit 1982 konnten die Grünen mit der Wahl in den Bundestag ihren außerparlamentarischen Status überwinden und etablierten sich zunehmend als weitere parlamentarische Kraft. 1998 - 2005 waren sie an der Regierung beteiligt (Koalition mit der SPD).

Literatur

Gabriel, Oskar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Opladen 1997.
Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2003.

Quellen:

Quelle: Geographie Infothek

Autor: Christine Reinke, Wiebke Hebold

Verlag: Klett

Ort: Leipzig

Quellendatum: 2004/2012/2016
Bearbeitungsdatum: 20.12.2018

Autor/Autorin:

Christine Reinke, Wiebke Hebold, Kathrin Goedecke

<http://www.klett.de/terrasse>
Letzte Änderung: 07.02.2024